

# „Dann geh doch!“

Kanzler ohne Kurs: Die Regierung Schröder ist dabei, ihre zweite Chance zu verstoßeln. Die versprochene Reformpolitik kommt nicht voran. Im Schatten des Krieges erringt die Traditions-SPD bizarre Siege: viele 630-Mark-Jobs vernichtet, Steuerreform zerredet.



## Die verhinderten Reformer

Gerhard Schröder, Bundeskanzler,  
Bodo Hombach, Kanzleramtsminister

Bislang konnten sich der Kanzler und sein Chefstrategie nicht gegen die große Koalition der Sozialpolitiker durchsetzen. Schröder versuchte, das Gesetz zur Scheinselbständigkeit zu korrigieren – und scheiterte in der Fraktion. Hombach plädiert für eine große Steuerentlastung von Firmen und Beschäftigten – und findet bisher kaum Mitstreiter.

**I**rgend etwas kommt immer dazwischen. Erst war es Oskar Lafontaine, der die Reformer um Kanzler Gerhard Schröder untätig erstarren ließ. Dann kam der Krieg im Kosovo, der die ganze Kraft des Regierungschefs forderte.

Was wird den Kanzler als nächstes davon abhalten, das zu tun, wofür er gewählt wurde: das Land und seine Wirtschaft, die überbordenden Sozialsysteme und sein leistungsfeindliches Steuersystem grundlegend zu reformieren – kurz: Deutschland zukunftsfähig zu machen?

Mit der wohlklingenden Formel von der „neuen Mitte“, die nach Aufbruch, Modernisierung und Innovation klingen soll, hatte Gerhard Schröder im Wahlkampf für die SPD eine neue Klientel gewonnen. Die Formel war ein Versprechen: Die Probleme des Landes sollten ohne ideologische Scheuklappen angegangen werden. Es blieb beim Versprechen – was sich hinter der flotten Formel verbirgt, ist heute unklarer denn je. Auch 31 Wochen nach dem Wahlsieg und 8 Wochen nach dem Abtritt seines Widersachers Oskar Lafontaine

ist Schröder ein Kanzler ohne klares Kursziel.

Im Grabenkrieg der beiden SPD-Granden faszinierte vor allem die Frage: Wer gewinnt? Nun, ohne den Rivalen, konzentriert sich alles auf den Regierungs- und Parteichef Schröder. Doch die Fragen sind eher lauter geworden: Wieviel Kraft hat er, der SPD einen Reformkurs aufzuzwingen? Und will er das wirklich?

Was getan werden muß, ist unter nahezu allen Ökonomen unumstritten: Der Sozialstaat muß umgebaut werden – weil er

immer weniger zu finanzieren ist und dabei sein eigentliches Ziel auch noch verfehlt: den wirklich Bedürftigen zu helfen. Das Steuersystem muß entrümpelt, die Steuersätze müssen gesenkt werden – sie hemmen das Wachstum, ersticken die Eigeninitiative und fördern die Schwarzarbeit.

Wie will Schröder diese versprochene Modernisierung angehen? Ein paar Vorgaben („Wir müssen ein Reformkabinetten sein“), ein Wirtschaftsminister aus der Wirtschaft (erst Stollmann, dann Müller) – mehr zu leisten, war er bisher kaum bereit. Schröder setzte auf den Zeitgeist, hoffte auf die Konjunktur, den richtigen Ruck soll die Diskussion am Runden Tisch der Bündnisgespräche bringen.

Doch nichts ruckt, im Gegenteil: Die alte SPD muckt auf – und zeigt immer deutlicher, daß sie von ihrem Kanzler und seinen Vorstellungen nichts hält.

Mit Hingabe debattierten die Genossen über neue Steuererhöhungen, nach der Ökosteuer ist nun die Mehrwertsteuer dran – statt zunächst zu fragen, wo gespart werden kann.

Im Schatten des Kosovo-Krieges erringen vor allem die Sozialpolitiker erstaunliche Siege: Sie vernichten viele 630-Mark-Jobs, weil sie diese abgabenpflichtig – und damit unattraktiv – machen. Sie gängeln Selbständige durch höhere Abgaben und mehr Bürokratie, weil sie die angebliche Gefahr der Scheinselbständigkeit bekämpfen wollen. Und sie demütigen den Kanzler.

Auf der letzten Fraktionsitzung, in der Schröder für eine Änderung der aktuellen Sozialgesetze warb, protestierten sie. Und als Schröder noch immer für Korrekturen votierte, fiel jener schmerzhaft Satz, den der Kanzler zunächst kaum fassen konnte: „Dann geh doch.“

Der Kanzler mag im Wahlkampf erfolgreich Wähler der neuen Mitte geworben haben, eine Partei der neuen Mitte führt er nicht: In der Fraktion hat die alte SPD das Sagen, die Partei der Lehrer, der Gewerkschaften und der Sozialpolitiker – eine Koalition der Besitzstandswahrer, die jede Änderung des Status quo bekämpft.

Noch verdeckt der Krieg die Misere. Wochenlang konnte der Kanzler, der mittlerweile zum Kriegsherrn mutierte, den trüben Start in Bonn verdrängen. Im Kosovo-Konflikt zeigte er plötzlich ungeahnte Führungsstärke, vergessen waren die Bilder vom Kaschmir-Kanzler, von Cohiba, Chablis und „Wetten, daß...?“

Auch die Mitglieder des rot-grünen Kriegskabinetts demonstrieren erstaunliche Geschlossenheit. Alles andere ging derweil im medialen Grundrauschen unter. Die Abendnach-



FOTOS: DPA

## Die Bremser

Klaus Zwickel, Vorsitzender der IG Metall  
Rudolf Dreßler, Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der mächtige Gewerkschaftsboß und der SPD-Sozialexperte kämpfen seit Jahren Seite an Seite: für mehr Kindergeld, für Schlechtwettergeld, für Arbeitszeitverkürzung und eine großangelegte staatliche Arbeitsmarktpolitik. Einen schlankeren Staat und Steuererleichterungen für Unternehmen lehnen beide ab. Dreßler ist einer der hartnäckigsten Widersacher der Modernisierer.



MELDE PRESS

## Die Traditionalisten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich noch nicht auf die Regierungsarbeit umgestellt: Die Abgeordneten fordern am liebsten Mehrausgaben – wie zu Oppositionszeiten. Für eine deutliche Steuersenkung gibt es derzeit keine Mehrheit. Die Interessen der Wirtschaft finden in der Fraktion kaum Gehör.



**SPD-Vorsitzender Lafontaine, Genossen\*:** *Das Gedankengut wirkt noch heute nach*

richten wurden bestimmt von Marschflugkörpern und Flüchtlingsströmen – nicht von Atomausstieg oder Steuerwettbewerb.

Wenn der Krieg abklingt, wird spürbar werden, daß die Regierung in der Innenpolitik lediglich Luftlöcher produzierte – große Turbulenzen um nichts. Wirbelkanzler Schröder kann bei seinem wichtigsten Vorhaben, dem Abbau der Arbeitslosigkeit, kaum etwas vorweisen.

Der Umbau des Sozialstaats – kommt später. Der Niedriglohnsektor – wird noch diskutiert. Die große Rentenreform – derzeit kein Thema. Das Bündnis für Arbeit – ein Debattenzirkel mit ungewissem Ausgang.

An keiner Stelle ist seiner Regierungsmannschaft bisher der Durchbruch gelungen. Schlimmer noch: Nicht mal eine Druckstelle ist erkennbar, an der sich ein künftiger Durchbruch abzeichnet.

Erstmals ist sogar eine gewisse Verzagtheit im Reformlager spürbar. Die große Erneuerung des Rentensystems, von allen Experten aufgrund der Altersstruktur der Gesellschaft als zwingend angesehen, wird es mit Schröder womöglich gar nicht geben.

„Laß mir die Rentner in Ruhe“, befahl er seinem Arbeitsminister. Die Begründung für die neue Vorsicht liefern die Schröder-Getreuen nach: „Wenn der Riester das Thema anpackt, treibt es uns schon heute den Angstschweiß auf die Stirn.“

\* Auf dem SPD-Bundesparteitag am 2. Dezember 1997 in Hannover.

Die Zustimmung zur Regierungskoalition ist bereits gesunken – minus sieben Prozentpunkte seit Jahresende, sagt Infratest. Fänden morgen Neuwahlen statt, wäre die Mehrheit womöglich dahin.

Die neue Mitte ist offenbar enttäuscht: Dienstleister Schröder hat ihr derzeit keine überzeugende Performance zu bieten.

Die Wähler wollten Entscheidungen – und bekamen neue Gremien. Ihnen wurde ökonomische Modernisierung versprochen, und sie erleben die Renaissance einer sozialen Verteilungsdebatte, die schon in der Ära Helmut Schmidt die Partei (nicht den Kanzler) dominierte. Sie gaben der Regierung in den Umfragen eine zweite Chance

## Die Wähler wollten Entscheidungen – und bekamen neue Gremien

und müssen nun mit ansehen, wie die Bonner Truppe mit geradezu grimmiger Entschlossenheit dabei ist, sie zu verspielen.

Allmählich erkennt der Aufsteiger Schröder, bisher gesegnet mit Glück und einem unausrottbaren Situationscharme, daß der Aufstieg zum Reformkanzler so nicht glücken kann. Selbst der Abgang von Lafontaine, im Kanzleramt als Geschenk des Himmels empfunden, brachte nicht den erhofften Klimawechsel.

Wie auch? Lafontaine ist überall: In der Partei, die sich auf Willy Brandt und August Bebel beruft, haben die Traditionalisten

das Sagen. Auch in der Bundestagsfraktion, repräsentiert, aber nicht geführt von Peter Struck, stellen sie die Mehrheit.

Die meisten sind keine Überzeugungstäter, nur eben Apparatschiks, die den Parteitagsbeschuß mehr lieben als die Macht, die ihre Arbeitsgruppe in der Fraktion als zweite Heimat empfinden, die sich ernsthafte Sorgen vor allem dann machen, wenn daheim im Wahlkreis sich was zusammenbraut.

Der echte Traditionssozi ist an zwei schlichten Glaubenssätzen zu erkennen: 1. Wir haben kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem in der Sozialversicherung; 2. Wir müssen wieder Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist gleichsam der verlängerte Arm der Sozialstaatsmafia. Unternehmer gibt es hier nicht, dafür aber Gewerkschafter, die jeden Firmengründer gern reflexartig zum Feind erklären.

Wer die Eigenverantwortung stärken, den Leistungswillen fördern, die Steuer-schraube zurückdrehen will, hat in der SPD seinen Stallgeruch schnell verloren.

Das Netzwerk der Status-quo-Freunde ist engmaschig gestrickt. Die Wohlfahrtsverbände, die Landesanstalten der Rentenversicherung, die Sozialbehörden in Ländern und Kommunen, die kirchliche Sozialarbeit, Krankenkassen und Gewerk-

schaften bilden ein Geflecht, das zusammen Hunderttausende Menschen beschäftigt, die vom wuchernden Sozialstaat prächtig leben.

Vom örtlichen Arbeitsamt bis zur Landesversicherungsanstalt sind die Posten unter den großen Parteien verteilt. Und paßt der Proporz nicht, wird eben noch ein Posten geschaffen.

Zur teuer bezahlten Wählerschaft der SPD gehören 350 000 Mitarbeiter der Sozialversicherungen. Viele von ihnen leben im wesentlichen davon, daß die Rehabilitation chronisch Kranker von der Rentenkasse verwaltet wird.

Die Sozialstaatsmafia konnte bisher noch jede größere Reform verhindern, sie ist in beiden großen Parteien und in den Gewerkschaften zu Hause. Unter Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sie mit Arbeitsminister Norbert Blüm einen besonders streitbaren Vertreter.

Besonders inestuziös aber ist die Beziehung zwischen Genossen und Gewerkschaften. Von 298 SPD-Abgeordneten im Bundestag haben 244 einen Gewerkschaftspaß. Verkehrsminister Franz Müntefering ist bei der IG Metall, Bildungsministerin Edelgard Bulmahn in der GEW, Justizministerin Herta Däubler-Gmelin in der ÖTV. Dort hat auch der Kanzler seine Lektionen gelernt.

Acht Millionen Mark an Mitgliedsbeiträgen pumpen die Arbeitnehmervertreter in den Wahlkampf Schröders. Dafür verlangen sie jetzt ein Vielfaches an Gegenleistung. Artig holte Schröder, kaum gewählt, Reformen bei Rente und Lohnfortzahlung zurück.

Der Trugschluß des Kanzlers: Im Gegenzug würden die Funktionäre Zuge-

ständnisse beim Bündnis für Arbeit machen, etwa Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen üben. Von wegen. IG-Metall-Vize Jürgen Peters kündigte weiteren Krawall an.

Und für seine Ideen zur Schaffung von Tariffonds erntete Minister Riester die heftigste Kritik von der Heiligen Johanna der Sozialkassen, DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

Das Sagen haben, in der Fraktion und in den Gewerkschaftszentralen, die Traditionalisten, die die Welt in Gut und Böse, in Arbeitnehmer und Unternehmer einteilen. Ihr Weltbild ist fest gefügt, wer es anzweifelt, ein Neoliberaler.

Doch gerade die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch gewandelt. Die Betriebe müssen weit flexibler auf Veränderungen reagieren, sie gliedern immer mehr Arbeiten und ganze Abteilun-

gen aus. Großkonzerne prägen das Industriezeitalter, das Informationszeitalter orientiert sich am Leitbild des – mehr oder weniger – selbständigen Menschen.

Die Sozialsysteme sind auf diesen Wandel nicht vorbereitet und die Gewerkschaften schon gar nicht – sie fürchten um Macht und Einfluß, um ihre Existenz. Und so verteidigen sie, unterstützt von ihren Bundesgenossen in den Parteien, den Status quo, wo sie nur können.

Zunächst galt es, all das zu beseitigen, was die alte Koalition an zaghaften Reformen auf den Weg gebracht hatte: die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Lockerung des Kündigungsschutzes, die demographische Komponente im Rentensystem. Und die SPD-Fraktion machte willig mit.

Dann sollte die schöne alte Arbeitswelt wieder restauriert werden. Da störten die

wachsende Zahl von 630-Mark-Jobs und die vielen Mehr-oder-weniger-Selbständigen, die sich den Sozialabgaben entziehen.

Daß mit solchen Gesetzen der Spielraum des einzelnen eingeschränkt wird, nehmen die Traditionalisten in Kauf. Sie dominieren die SPD-Fraktion, und die wiederum ist der größte Machtfaktor im Regierungslager, durch schlichte Behäbigkeit bestimmt sie das Tempo: vorwärts im Kriechgang.

Das Gedankengut des Weltökonomens Lafontaine wirkt hier noch nach. Schließlich klangen die Worte, mit denen der be-

gnadete Redner die Genossen in seinen Bann zog, allzu verlockend: Von schmerzhaften Strukturreformen war da nichts zu hören, viel dagegen von den Fehlern der Geldpolitik.

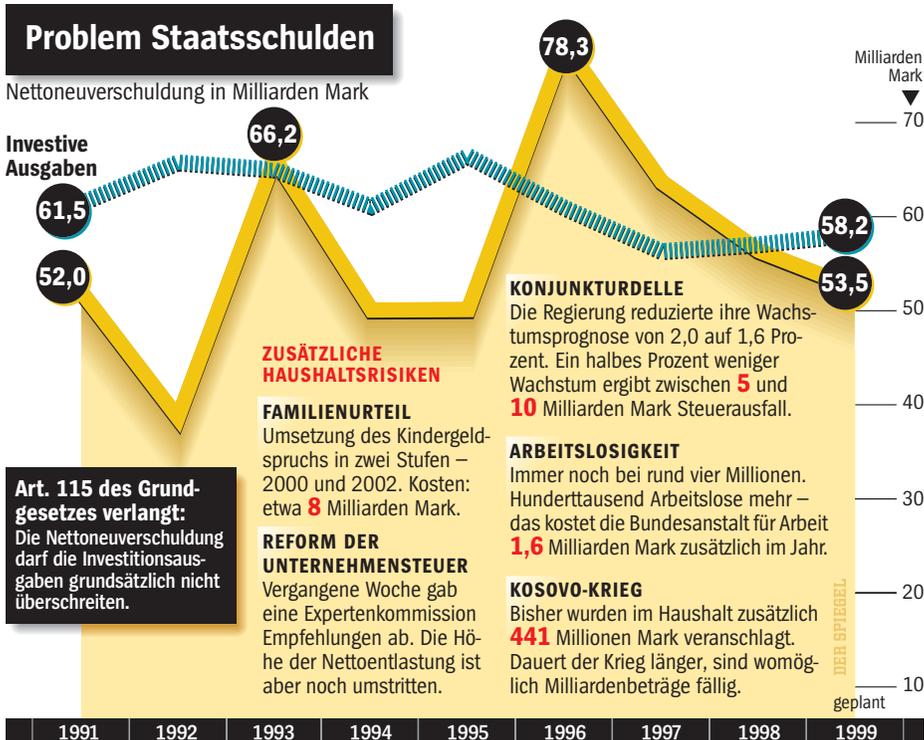
Bei den Sozialexperten regiert noch immer die alte Garde – so war Ottmar Schreiner, 53, lange Jahre der Jüngste im Arbeitskreis Soziales der Fraktion. Die Hüter der Programmbeschlüsse sind auch deswegen so mächtig, weil die Materie kompliziert ist, das Vokabular abschreckend, die Experten-Szenerie grau und ernst. Wer weiß schon, was „Eckrentner“, „Auffällbeträge“ oder „Festbeträge“ wirklich sind?

So gibt das einflußreiche Experten-Kartell aus Oppositionszeiten noch heute den Ton an. SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler erntet im Präsidium auch deshalb sowenig Widerspruch, so ein Mitglied des Gremiums, weil kaum jemand fachlich gegenhalten könne.

Wie weit sich die rot-grünen Machthaber mit solchem Denken von der Wirklichkeit entfernt haben, erleben sie jetzt: Überall im Land erhebt sich der Protest gegen die bürokratischen Gesetze. Tenor: Rot-Grün,



Kabinettskollegen Eichel, Müller: Der Staat soll sparen



# Wächter der Werte

Die Rückkehr von Oskar Lafontaine in die Öffentlichkeit empfinden selbst Freunde als Belastung.

Festen Schrittes zieht er ein, hinter sich den vertrauten Schweif von Kameraleuten und Mikrofonträgern. Wenn Oskar Lafontaine sich öffentlich zeigt, ob beim Landesparteitag der Saar-SPD oder am 1. Mai – Aufmerksamkeit ist ihm sicher.

Bislang hatte der Zar von der Saar nur im kleinsten Freundeskreis über die „Dummbbeutel in Bonn“ gelästert und sich über den Kosovo-Krieg erregt. Mit seinem Auftritt als Mai-Redner wollte er klarstellen, daß auch künftig mit ihm zu rechnen ist. Ein Leben als Privatmann, wie beim Rücktritt angekündigt, hält er nicht aus.

der Autor beispielsweise seinen erfolgreichen Parteitags-Putsch gegen Rudolf Scharping schildern. Nur gegen Ende sollen die Memoiren mit Rücksicht auf die SPD und ihren Kanzler etwas diskreter ausfallen.

Daß Lafontaine, der sich mehr denn je als Wächter sozialdemokratischer Werte fühlt, die politische Bühne ausgerechnet im Saarland wieder betrat, geschah nicht ohne Bedacht. Selbst zu Hause waren sie gram über den tristen Abgang. Das Saarland ist ihm Heimat, aber die Botschaften, die er dort verkündet hat, waren immer für die ganze Republik bestimmt – das „Reich“, wie man im Saarland sagt.

Der Landesparteitag am vorhergehenden Wochenende war der Probeauftritt: Wie ein Schaubudenbesitzer, der Spektakuläres verheißt, keilte er das Publikum für seine Kritik an Nato-Einsatz und Wirtschaftspolitik: „Wer interessiert ist, ist am 1. Mai herzlich eingeladen.“

Unverblümt teilte der Rückkehrer anschließend mit, wo er seine Rolle wirklich sieht. „Das politische Tagesgeschäft wird in erster Linie der Ministerpräsident bestimmen“, ließ er wissen und damit auch, wer für die großen Linien und entscheidenden Entwürfe im Saarland weiterhin zuständig sein will – er selbst.

„Da hab’ ich fast in die Kaffeetasche gebissen“, gestand ein SPD-Vorständler hernach. „Unmöglich“, raunte ein anderer zu Ministerpräsident Reinhard Klimmt herüber.

Der hat inzwischen erkannt, daß ihm Lafontaine, mit dem ihn eine enge persönliche und politische Freundschaft verbindet, zur Gefahr werden könnte. Wo immer Lafontaine sich vor den Landtagswahlen am 5. September zeigt: Klimmt wird – wie neulich beim Landesparteitag – zur Nebensache. Schon heißt es in der Führungsspitze der Landespartei: „Oskar ist eine Belastung für den Wahlkampf.“

Hastig bemühen sich inzwischen die Berater des Spitzenmannes, das Steuer herumzureißen. Auf Wahlplakaten, die den Ministerpräsidenten mit dem Ex-Vorsitzenden zeigen sollten, wurde Lafontaines Kopf gegen den von Gerhard Schröder ausgetauscht.

HORAND KNAUP



ACTION PRESS

**Sozialdemokrat Lafontaine\***  
„Dummbbeutel in Bonn“

Warum er am 11. März so abrupt in die innere Emigration floh, hat er bislang nicht erklärt. „Immer stand er an der Spitze“, vermutet eine Parteifreundin, „einmal stand er nicht dort – und prompt ist es schiefgegangen.“ Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Zum anderen gehört, daß Lafontaine sich und seine politischen Botschaften in Bonn je länger, desto weniger geschätzt sah.

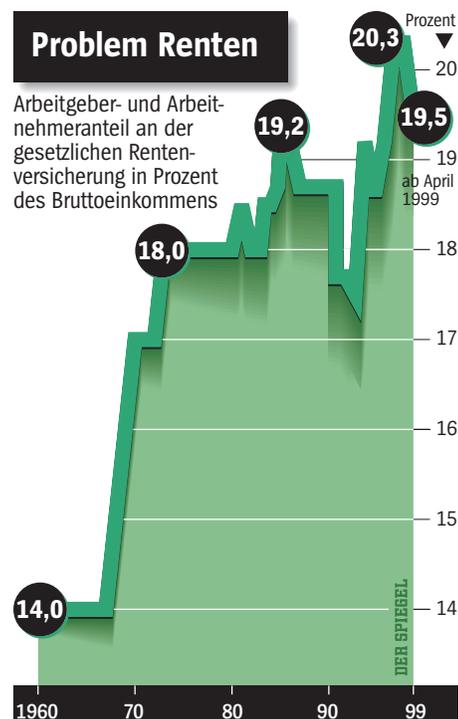
Der Rückblick auf die vergangenen vier Jahre, den Lafontaine demnächst zu Papier bringen will, füllt den ehrgeizigen Sensibilisten nicht aus. Wie ein Profi testet er derzeit in Verhandlungen mit Buchverlagen seinen Marktwert – der wohl bei einer halben Million Mark liegt. Mit viel Klatsch und Tratsch will

\* Am 14. April bei der Jubiläumsfeier „1000 Jahre Saarbrücken“.



beseelt vom Willen zu mehr sozialer Gerechtigkeit, hat es zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht. Die Bevölkerung scheint zu spüren, was viele in Bonn nicht spüren wollen: Der Sozialstaat alter Prägung hat sich selbst übersteuert, er muß reformiert werden – weniger Geld, weniger Regeln, mehr Effizienz.

Das Debakel der neuen Sozialgesetze regt die Deutschen derzeit auf wie kaum ein zweites Thema: Die Regeln für die 630-Mark-Jobs haben eine Kündigungswelle bei Kellnern, Zeitungsaussträgern und Taxifahrern ausgelöst. Über fünf Millionen Menschen üben einen solchen Job aus, wer daneben noch ein weiteres Einkommen hat, muß die 630 Mark künftig besteuern. Da bleibt am Ende manchmal nur noch ein Stundenlohn von acht Mark.





J. MEYER / DAS FOTOGARCHIV

## Gastronomie

**Helmut Otto, Inhaber des Landhotels „Naafs-Häuschen“ in Lohmar bei Köln, beschäftigt 40 Aushilfen auf 630-Mark-Basis, die bei Bedarf einspringen. „Ich kann auf keinen verzichten“, sagt er.**

„Eine noch nie dagewesene Kündigungswelle“ erwartet deshalb Peter Imberg, Hauptvertriebsleiter der WAZ-Gruppe. Künftig bekommen viele seiner 6700

Austräger nur noch knapp 400 Mark ausbezahlt. „Für viele lohnt sich die Arbeit nicht mehr“, sagt er. „Wir wissen nicht, wie wir unsere Zeitungen zugestellt bekommen.“ Ein Drittel der Austräger hat bereits mit Kündigung gedroht.

Das Ziel der Bundesregierung, die Zerschlagung fester Arbeitsverhältnisse in 630-Mark-Jobs zu stoppen, geht nach Imbergs Meinung bei den Zeitungsverlagen ins Leere: „Zusteller kann ich nicht im Vollzeitjob beschäftigen. Niemand will nachmittags um vier die Zeitung im Kasten haben.“ Die WAZ müßte 1000 Mark ausgeben, um den Betroffenen nach der neuen gesetzlichen Regelung die 630 Mark zu bezahlen, die sie vorher bekommen haben.

So ist es in vielen Branchen, die auf Aushilfen angewiesen sind – etwa in der Gastronomie oder im Taxigewerbe. „Dut-

## „Es rollt eine nie dagewesene Kündigungswelle“

zendweise“ haben bei Hansa-Taxi in Hamburg die Aushilfen gekündigt, sagt Vorstand Manfred Gieselmann. Einige seiner Kollegen hätten bereits Taxen stillgelegt, „weil ihnen die Leute fehlen“. Der Hamburger Taxenchef fürchtet jetzt, daß an Wochenenden einfach weniger Taxen unterwegs sein werden, „weil wir keine Fahrer kriegen“.

Vielen Einzelhandelsbetrieben geht es genauso, auch die Reinigungsbranche arbeitet in großem Maße mit 630-Mark-Kräften. Diese Dienstleistungen werden nun teurer – oder sie werden schwarz angeboten. Dann hat der Staat weniger als zuvor.

Ebenso gut gemeint und ebensowenig durchdacht ist das Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit. Es will verhindern, daß Unternehmen Arbeiten auf unechte, also Scheinselbständige verlagern, um Sozialabgaben zu sparen. Die Regierung übersieht dabei, daß nicht mehr die Festanstellung, sondern die Selbständigkeit für viele das Ziel ist. Die müssen künftig umständlich und bürokratisch beweisen, daß sie zum Beispiel nicht nur von einem Auftraggeber abhängig und somit wirklich selbständig sind.

Eine Korrektur der Chaos-Gesetze ist dem Kanzler bisher nicht gelungen. Riester stellte sich stur, eine aufgebrauchte SPD-Fraktion versagte in der vorvergangenen Woche ihrem Kanzler die Gefolgschaft. Schröder regi-

strierte bei den Sozialpolitikern sogar ein Gefühl des Triumphs. Ein Riester-Mitarbeiter nach der Sitzung: „Jetzt haben wir euch mal gezeigt.“

Seine engsten Berater nahmen diese Niederlage verärgert zur Kenntnis: „Das Gesetz“, so Kanzleramtsminister Bodo Hombach, „wirkt ähnlich wie ein viel zu starkes Pestizid. Das vernichtet nicht nur Schädliches, sondern Nützliches. Wir wollten die Scheinselbständigkeit bekämpfen und nicht die Selbständigkeit.“ Mit dem Scheinselbständigen-Entschluß habe sich die Koalition einen „richtigen Tort“ angetan.

Auf Umwegen soll wenigstens eine Korrektur des 630-Mark-Gesetzes erreicht werden: Eine neue Expertenkommission, mit dem Präsidenten des Arbeitsgerichtshofs an der Spitze, wurde von Schröder zur Beobachtung des Gesetzes eingesetzt.

Die SPD-Landeschefs hat Schröder auf seiner Seite. Am vergangenen Donnerstagabend beschlossen die

SPD-Ministerpräsidenten, ebenfalls Gegner des Gesetzes, bei einem Treffen im Kanzleramt ein trickreiches Vorgehen.

Die Länder Bayern und Baden-Württemberg hatten einen Antrag eingebracht, der das Gesetz außer Kraft setzen wollte. Mit Rücksicht auf Riester konnten die SPD-Politiker dem Antrag zwar nicht zustimmen, aber sie lehnten ihn auch nicht ab – sie verwiesen das strittige Werk in die Ausschüsse des Bundesrats, und dort soll es in einigen Wochen gekippt werden. Politik paradox.

Die Genese des Gesetzes zur Scheinselbständigkeit zeigt, wie raffiniert die So-

zialpolitiker alten Schlages agieren – und wie sie dabei den Kanzler vorführen.

In dem Papier aus dem Hause Riester stehe nichts Brisantes drin, hieß es von dort. Die Lektüre könne man sich sparen. Es sei ein alter Blüm-Entwurf, es ginge lediglich um die Umsetzung von Richterrecht in Gesetzesform, nicht der Rede wert.

In einer Umlaufmappe wurde der Gesetzestext von Ministerium zu Ministerium gereicht, überall zeichneten nur die Staatssekretäre gegen. Außer Riester hatte kein hochrangiges Kabinettsmitglied das Gesetz gelesen.

Es rangierte folgerichtig auf der Tagesordnung des Kabinetts unter der Überschrift „Gesetze ohne Aussprache“. „Das ganze Thema“, erinnert sich ein Minister, „hat keine Sau interessiert.“

Auch bei der 630-Mark-Debatte haben sich die Regierenden schlicht verkalkuliert. Viele in der SPD hätten die ehemals abgabenfreien Mini-Jobs am liebsten abgeschafft. Noch in den Koalitionsverhandlungen wurde eine rigide Lösung verabredet: Sozialabgabepflicht plus Steuerlast für alle.

Den Grünen war diese Lösung schon damals nicht geheuer. Deren Sozialpolitiker verstehen sich als Anwälte der Jobhopper, der Teilzeitkräfte oder der neuen Selbständigen, die mal fest, mal freiberuflich ihr Geld verdienen. Der Wandel der Erwerbsbiographien war stets ihr Thema, das alte SPD-Leitbild vom Facharbeiter mit Vollzeit-Job auf Lebenszeit gilt ihnen als antiquiert.

Doch die vom Wahlsieg überraschten Grünen hielten still – die Einnahmen sollten teilweise ihrer Gesundheitsministerin Andrea Fischer zukommen. Sie waren zur Absenkung der Zuzahlungen für Medikamente gedacht und damit fest verplant. Das Geld für uns, den Ärger für die anderen, so dachten die Grünen.

Schon damals hätte Schröder bremsen müssen – schließlich hatte er sich im Wahlkampf persönlich festgelegt. Im Gegensatz zu seiner Partei versprach er, die Mini-Jobber würden künftig nicht schlechtergestellt.

Schröder schaute weg. So konnte Arbeitsminister Riester mit der Fraktion eine Lösung aushandeln, die anderes im Sinne hatte: mehr Geld sollte in die Sozialkassen fließen – dauerhaft. Das Schicksal der Be-



## Taxigewerbe

„Ein Taxibetrieb ist ohne Aushilfen unmöglich“, erklärt Manfred Gieselmann, Vorstand von Hansa-Taxi in Hamburg. Doch die haben wegen der neuen 630-Mark-Regelung „dutzendweise gekündigt“.

U. KIMMIG



## Großbäckerei

„Das Bonner Gesetz geht voll an der Wirklichkeit vorbei“, schimpft Hermann Post von der Kölner Großbäckerei Kraus. Die Firma beschäftigt 60 Aushilfen – täglich werden es weniger.

H. GUTMANN / DAF



## Zeitungsvertrieb

6700 Austräger verteilen täglich die Zeitungen der WAZ-Gruppe. „Für viele lohnt sich die Arbeit nicht mehr“, sagt Hauptvertriebsleiter Peter Imberg. Aber wer stellt dann die Zeitungen zu?

T. ARSLAN / DIS FOTOBANK

troffenen spielte offenbar keine entscheidende Rolle, es ging schließlich um Großes – die Rettung der Sozialsysteme.

Erst jetzt horchte Schröder auf. Ein wochenlanges Gezerre um die 630-Mark-Beschäftigten begann. Mal sollten die Betroffenen zwar Beiträge zahlen, dafür aber keine Leistungen erhalten – ein absurder Gedanke. Mal sollte der Betriebsrat über die Einstellung von neuen 630-Mark-Kräften mitreden können – nicht minder bizarr.

Schließlich blieb für einen Teil der Betroffenen alles beim alten. Wer nur einen 630-Mark-Job bestreitet, steht nicht schlechter da als früher. Steuern muß er nicht zahlen, die fälligen Sozialabgaben trägt der Arbeitgeber.

Doch wer es wagt, mehrere dieser Mini-Jobs zu besitzen oder gar einem Hauptberuf nachzugehen, der wird rasiert. Er muß die Zusatzverdienste voll versteuern – mit seinem persönlichen Spitzensteuersatz.

Auch früher, verteidigt sich Riester (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 42), seien mehrere dieser kleinen Beschäftigungsverhältnisse abgabepflichtig gewesen. Nur konnte (und wollte) das zuvor niemand kontrollieren. Der Arbeitgeber zahlte die Steuer, der Arbeitnehmer war nirgendwo registriert. Die 630-Mark-Jobs wurden zur Steueroase der kleinen Leute – die Politik schaute absichtsvoll weg.

Weil alle Nachbesserungen bisher kaum Linderung brachten, geht das politische Gefeilische nun von vorne los. Ein riesiges Mediengeräusch begleitet die Fingerübungen der Regierung.

Gleich zweimal bestritt die rheinische Boulevardgazette „Express“ vergangene Woche ihre Titelseite mit dem Thema. „Ich arbeite schwarz“, ließ das Blatt bislang geringfügig Beschäftigte, das Gesicht schamhaft mit den Händen verdeckt, bekennen. „Bild“ sieht eine „Wutwelle“ durch Deutschland rollen.

Die Lage für Schröder ist mehr als nur kompliziert: Denn ohne grundlegende Reform des gesamten Sozial- und Steuersystems wird jede Einzelkorrektur fast automatisch zum Fiasko. Einerseits: Systemwidrige Ausnahmen verbieten die Gerichte, der hehre Gleichheitsgrundsatz ist dann in Gefahr. Andererseits fehlt für eine Ausweitung von Sozialleistungen

schlicht das Geld. Anders als in den siebziger Jahren hat der Staat nichts mehr zu verteilen.

Im Staatshaushalt klafft ein Milliardenloch, der Spielraum, den der Maastricht-Vertrag für neue Schulden läßt, ist ausgeschöpft. Die höchsten Gerichte bombardieren die Regierung regelrecht mit Entscheidungen, die zur Umkehr zwingen. Das Signal von Verfassungsgericht und Bundesfinanzhof ist eindeutig: Das bisherige Steuerrecht, das mit seinem System des Gebens und Nehmens zur zentralen Umverteilungsmaschine des Sozialstaats wurde, ist renovierungsreif.

Vor drei Monaten hatte Karlsruhe die Regierung erst dazu verdonnert, Familien

mit Kindern wesentlich besser zu stellen. Die Umsetzung dieses Urteils wird die Regierung mindestens 8 Milliarden Mark kosten, möglicherweise sogar 20 Milliarden Mark.

Jetzt präsentierte der Bundesfinanzhof aus München, das höchste deutsche Steuergericht, ein Urteil, das die rot-grünen Steuerreformer erneut mächtig in die Bredouille bringt. Anders als ursprünglich geplant, müssen sie nun wohl auch den privaten Spitzensteuersatz senken, nicht nur die Unternehmensteuern. Oder sie lassen, entgegen ihren Versprechen, alles beim alten.

Der Bundesfinanzhof hält es jedenfalls für ungerecht, wie der Fiskus gewerbliche Einkünfte gegenüber anderen Einkunftsarten, etwa von Beschäftigten, bevorzugt. Die alte Regierung hatte die Ungleichheit mit der besonderen Verpflichtung der Firmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen begründet. Derzeit liegt der Spitzensteuersatz für diese Firmengewinne bei 47 Prozent, der für Privatleute bei 53 Prozent.

Schröder & Co. wollen in ihrem Konzept für die Unternehmensteuerreform die „Spreizung“, wie die Steuerexperten das nennen, sogar noch vergrößern.

Ein deutlich reduzierter Spitzensatz für alle Steuerzahler war bislang in der SPD weitestgehend tabu. Lafontaine stellte sich stets quer, wenn Ministerpräsidenten wie Wolfgang Clement oder Heide Simonis an diesem Thema rührten. Im gerade verabschiedeten Steuerreformgesetz wagten die Sozialdemokraten es gerade einmal, den Höchstsatz binnen drei Jahren von 53 Prozent auf 48,5 Prozent zu senken.

Zu einer radikalen Steuerreform – mit einfachen Regeln und niedrigen Sätzen – kann sich die Regierung auch jetzt nicht durchringen. Reformer wie Hombach plädieren für eine Nettoentlastung von Bürgern und Firmen: „Intelligente Steuerensenkungen führen zu mehr Einnahmen für den Staat“, sagte er am vergangenen Mittwoch in der London School of Economics. Und verwies auf das Beispiel USA: Dort debattiert der Kongreß seit Monaten, wie der Haushaltsüberschuß von 70 Milliarden Dollar auszugeben sei.

Die Sozialpolitiker können sich über Hombachs Forderung leidenschaftlich



Ministerin Fischer

empören, sie sehen sich und ihre Fördertöpfe in Gefahr. Ihr wichtigstes Wort heißt daher „Gegenfinanzierung“. Was der Staat auf der einen Seite gibt, etwa durch Senkung der Einkommensteuer, soll er auf der anderen sofort wieder kassieren, zum Beispiel durch Erhöhung der Mehrwertsteuer.

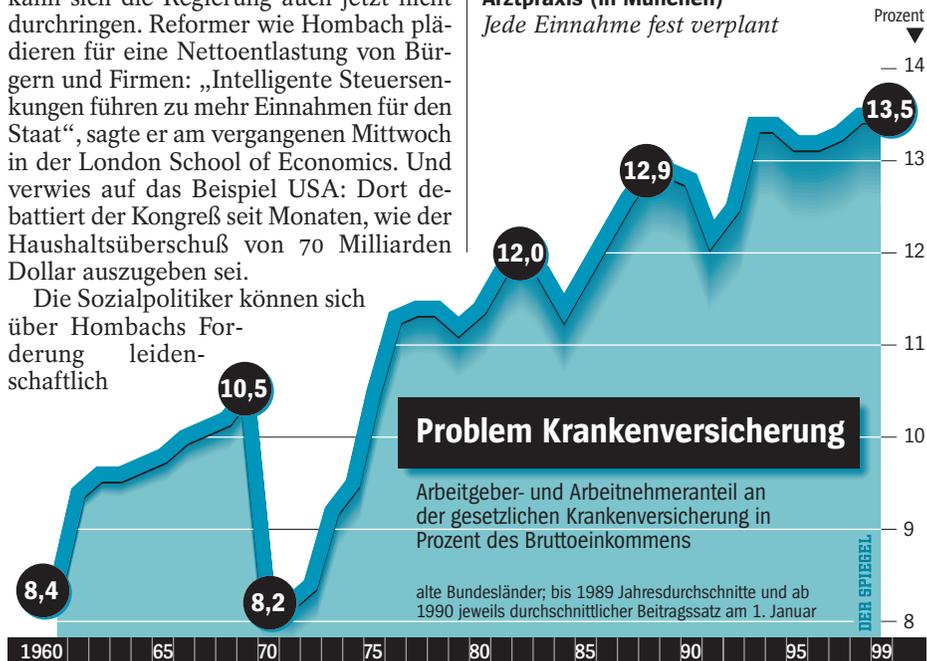
Schröder schweigt, sein Finanzminister rechnet noch. Ein schlüssiges Konzept besitzt in Bonn derzeit niemand. Der Re-

formdruck, so scheint es, hat die Handelnden kalt erwischt.

Das Ausmaß an Ratlosigkeit überrascht: Keine deutsche Regierung konnte auf so viel Expertise zurückgreifen wie die Schröder-Truppe. Alle Probleme, die es heute zu lösen gilt, von der Steuerreform über den Subventionsabbau bis zur Schlankheitskur für den Staatsapparat, wurden tausendfach diskutiert und durchgerechnet. Im Ausland sind alle nur denkbaren Varianten einer Reformpolitik im Praxistest zu besichtigen.



Arztpraxis (in München)  
Jede Einnahme fest verplant



Die Vereinigten Staaten machten vor, wie eine radikale Steuersenkung das Wirtschaftsleben aktiviert und zu einem Jobwunder ohne Beispiel führen kann. Die Niederländer zeigten, daß auch eine Konsensrunde von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat zum gleichen Ergebnis führen kann.

Soviel Vorbild war nie. Konrad Adenauer, der erste Nachkriegskanzler, mußte allein sehen, wie er das zerstörte Nachkriegsdeutschland aufforstete. Ludwig Erhard, sein Nachfolger, besaß vor allem den festen Glauben an die Kräfte der Marktwirtschaft.

Auch für die Ostpolitik von Willy Brandt lag kein Blue Print vor, tastend mußte der SPD-Kanzler seine Politik der Annäherung gegenüber den Kommunisten entwickeln. Helmut Kohl hatte die deutsche Einheit nicht mal als Plangröße im Visier, das Großereignis kam einfach über ihn.

Schröder kennt die Probleme, die er zu lösen hat, seit einem Jahrzehnt. Und dennoch – oder deshalb? – zögert er. Er hat eine sozialdemokratische Partei im Rücken (wie Tony Blair), nur ohne die staatlichen

Vorarbeiten einer Maggie Thatcher.

Im Ausland wird das deutsche Zaudern mit Erstaunen registriert. So geißelte der Internationale Währungsfonds (IWF) jüngst das „bemerkenswerte Versagen“ der Deutschen und anderer europäischer Volkswirtschaften beim Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit.

Als am vergangenen Dienstag darüber in Washington debattiert wurde, mußte sich Hans Eichel gar von Chinas Zentralbank-

Gouverneur Dai Xianglong belehren lassen, „vom letzten Kommunisten“, wie Eichel süffisant anmerkte: Dai forderte Eichel ebenso wie seine europäischen Kollegen auf, endlich ihre Arbeitsmärkte zu deregulieren. Der Neuling aus Hessen war baff: „Das muß ich unbedingt der SPD-Fraktion erzählen.“

Kritisch beäugen auch die Ökonomen im eigenen Land das Treiben der Regierung. Die Bewältigung der Jobkrise, schrieben Deutschlands Wirtschaftsforschungsinstitute vergangene Woche in ihrem traditionellen Frühjahrsgutachten, erfordere einfach „große Anstrengungen“. „Verteilungspolitische Maßnahmen“ allein, so wie bisher, brächten nun mal „keine nennenswerten Impulse für Wachstum und Beschäftigung“.

Wie es anders geht, hat Kanzleramtsminister Hombach, ein Ex-Preussag-Manager, in einem Buch über „Linke Angebotspolitik“ aufgeschrieben, das direkt nach der Wahl für Aufsehen sorgte. Bislang ist es ihm



Politiker Schröder, Fischer, Lafontaine\*: An Experten herrscht kein Mangel

nicht gelungen, seinen schriftstellerischen Forderungen auch Taten folgen zu lassen.

Arbeitsminister Riester, von Schröder gegen die Alt-SPD durchgesetzt, hat den Regierungschef bisher bitter enttäuscht. Im Wahlkampf noch als Mann mit unkonventionellen Ideen gefeiert, haftet dem ehemaligen Vize-Chef der IG Metall plötzlich das Image des Bremsers an.

Seine Bonner Mitstreiter taten Riesters Betulichkeit zunächst als Anfängersünden ab. Doch seit der Minister sich vor der riesigen SPD-Bundestagsfraktion gegen seinen Kanzler stellte, schütteln selbst Wohlmeinende nur den Kopf.

Noch erträgt Riester die Kritik an seiner Person mit erstaunlicher Ruhe. Während in Bonn schon Kandidaten wie Verkehrsminister Franz Müntefering oder SPD-Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner als Nachfolger gehandelt werden, verteidigt er eisern die umstrittenen Gesetze, als sei nichts geschehen. „Eigentlich denkt der Riester gar nicht so“, wundert sich selbst Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, ein langjähriger Vertrauter des Ministers.

Reformer berichten immer wieder, Riester habe beim persönlichen Gespräch neuen Ideen freudig zugestimmt und sei später zurückgerudert – mit der Begründung, seine Fachleute im Ministerium hätten ihm abgeraten.

So entstand das Image des allzu sanften Ressortchefs, der sein Haus nicht steuert, sondern selbst gesteuert wird – von einem Beamtenapparat, der den Status quo verteidigt. „Die haben den eingenordet“, sagt ein Kabinettskollege.

Am kraftvollsten geht bisher noch Wirtschaftsminister Werner Müller ans Werk. So drängt der Quereinsteiger aus der Energiebranche auf einen radikalen Subventionsabbau oder fordert mehr Mut bei der Steuerreform. Einer Mehrwertsteuererhöhung, erklärt er wacker, werde er nicht zu-

stimmen. Müllers Manko: Er ist parteilos, verfügt also in der stärksten Regierungspartei über keine Hausmacht. Seine Ideen taugen oft nur für die Schlagzeilen der Tageszeitung – und danach ab ins Altpapier.

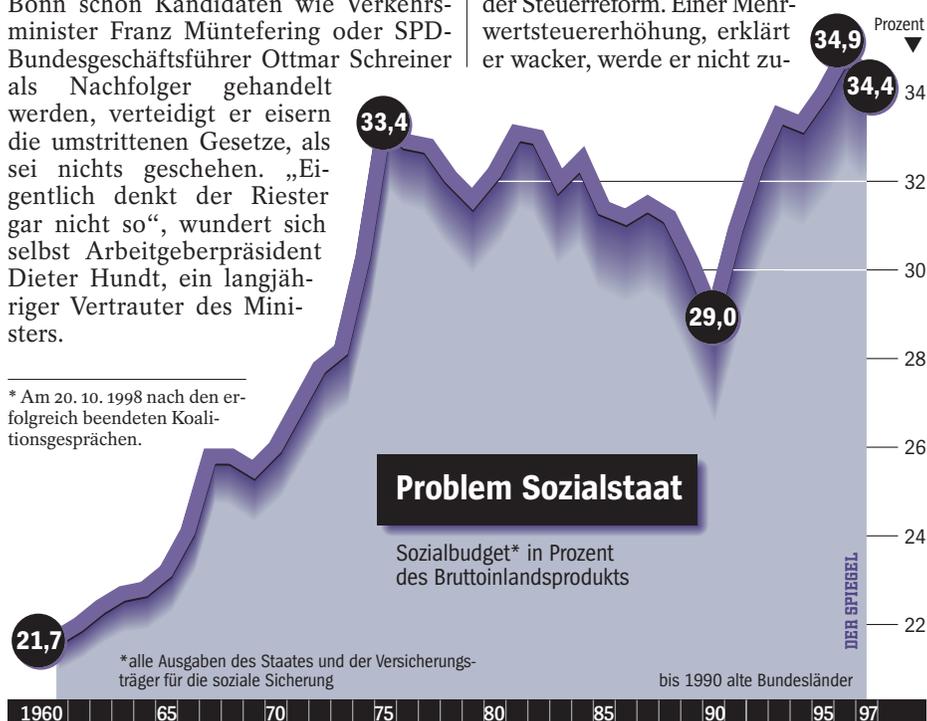
Für Schröder avancierte der neue Chef im Finanzministerium zum Hoffnungsträger. Eichel, der Wahlverlierer aus Hessen, gilt zwar nicht als radikaler Reformler, als Systemveränderer, der das Steuersystem völlig umstürzen will; selbst der Kanzler urteilt öffentlich: „Der tanzt nicht wie Fred Astaire und singt nicht wie Caruso.“

Doch der Bundeskanzler traut dem korrekten Verwaltungsfachmann wenigstens zu, den maroden Haushalt zu sanieren und – anders als Lafontaine – die Ausgabengelüste der Fraktion stärker zurückzudrängen. Eichel, kaum drei Wochen im Amt, läßt keinen Zweifel daran, daß er dies als seine wichtigste Aufgabe ansieht.

Eine „rigide Haushaltspolitik“, erzählt der Neuling, sei schließlich inzwischen „ein typischer Wesenszug der modernen Sozialdemokratie in ganz Europa“. Wolle die deutsche SPD etwas anderes, stünde sie künftig allein; selbst Frankreich fahre einen strikten Sparkurs. Eichel: „Am eisernen Sparen führt kein Weg vorbei.“ Aber reicht das? Und ist womöglich schon dieser Kraftakt nicht zu schaffen?

Schröders Machtprobe mit den Sozialpolitikern steht noch aus. Auf offener Bühne wird er sich mit ihnen anlegen müssen, streiten um die Grundlinie seiner Kanzlerschaft und auch um Details. Im risikofreien Selbstlauf, soviel ist mittlerweile klar, wird ein neues „Modell Deutschland“ nicht entstehen.

ELISABETH NIEJAHR,  
ULRICH SCHÄFER, BARBARA SCHMID,  
HAJO SCHUMACHER, GABOR STEINGART



\* Am 20. 10. 1998 nach den erfolgreich beendeten Koalitionsgesprächen.